

## **Spielregeln der Kommunikation und des Verhältnisses zwischen Bürgern, Gemeinderat und Verwaltung**

Wöchentlich ein Déjà-vu Erlebnis in ÜB: die Kommunikation zwischen Stadtspitze, GR und Bürgern funktioniert nicht und die Aufregung in den Medien ist groß, wie auch der Südkurier am 16.4. im Kommentar von Stefan Hilser schreibt und empfiehlt, der Verwaltungsspitze Zettel an die Büro bzw. Rathaustür zu hängen, auf denen der Merksatz steht „Die Stadt gehört den Bürgern“. Der OB dachte „es sei eine gute Idee, die Brunnen zwecks Einsparung von Wasserkosten stillzulegen...“. Die naheliegende Idee wäre gewesen, das Thema mit den betroffenen Bürgern zu besprechen, und wenn keine sofortige Rückmeldung seitens Bürgern, Ortschaftsräten oder GR kommt, nachzuhaken und offen zu kommunizieren. Aber nicht so in Überlingen, wie man einen Tag später wieder im SK lesen kann: ein Bürger möchte wegen des Pandemie-Geschehens die Eröffnung der LGS notfalls per Gerichtsbeschluss verschieben, bis der Inzidenz-Wert unter einem einst sogar von der Bundesregierung und MPK als kritisch gehandelten Wert von 50 liegt. Dieser Bürger will nicht die LGS verhindern, sondern er sorgt sich um das Infektionsrisiko in der Stadt, einer Stadt in der noch vor Ostern die Stadtspitze wegen eben dieses Risikos die Sperrung der Promenade forderte und dies nur wegen der Verantwortlichkeit des Kreises nicht eigenmächtig entscheiden konnte. Diese Verwaltungsspitze und die LGS suchen jetzt mal wieder NICHT den Dialog mit dem besorgten Bürger, sondern holen sofort und unmittelbar die Keule der Androhung von Regressansprüchen heraus. Offensichtlich ist man nicht lernfähig: die Strafandrohung gegen Herrn Dr. Schlak hat der Stadt überregional negative Schlagzeilen beschert, genau wie ein paar Monate später die Aktion gegen die Skifahrer und gegen den Hänselevater und die Narrenmutter. Und zum wiederholten Male nimmt man die negativen Schlagzeilen in Kauf (Ist der OB nicht verpflichtet, Schaden von der Stadt abzuwenden?). Aber so funktioniert die Kommunikation nicht, und die Fülle an negativen Kommentaren in den Medien belegen, dass es viele Bürger gibt, die genug davon haben. Wenn man die Stadt nicht unter Einbeziehung der Bürger führen will und nicht mit abweichenden Sichtweisen umgehen möchte, dann sollte man sich eine Stelle suchen, bei der man nicht mit Widerspruch rechnen muss – illusorisch, wer glaubt, dass es in der heutigen Zeit einen Job mit Führungsverantwortung gibt, bei dem man nicht auch mit Widerspruch oder kontroversen Standpunkten rechnen muss. Als Stadtspitze ist man verpflichtet, alle Bürger zu vertreten, für die Stadtspitze in ÜB ist in dieser Tatsache noch viel Luft nach oben, bevor man von einer funktionierenden Kommunikation und einem intakten Verhältnis sprechen kann.

Annemarie Marocco-König  
Schriftführerin

[annemarie.koenig@gmx.de](mailto:annemarie.koenig@gmx.de)